

Antrag 21/I/2022

UB Barnim

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Version der Antragskommission (Konsens)

Wiedereinführung Berufsschullehrer*innenausbildung im Land Brandenburg

1 Die SPD-Landtagsfraktion und
2 die beiden zuständigen SPD-
3 geführten Landesministerien
4 werden aufgefordert, die Eta-
5 blierung der grundständigen
6 universitären Berufsschulleh-
7 rer*innenausbildung zügig zu
8 betreiben. Der auch hierdurch
9 auf etliche Jahre nicht näherungs-
10 weise zu deckende Fehlbedarf
11 soll durch eine an der Praxis von
12 Berufsschulunterricht orientierte
13 solide Qualifizierung von Sei-
14 teneinsteiger*innen vermindert
15 werden.

16

17 Begründung

18 Der exorbitante Lehrkräfteman-
19 gel ist nicht nur ein Problem
20 der allgemeinbildenden Schulen,
21 es betrifft ebenso stark die Be-
22 rufsschulen im Land Branden-
23 burg, und das trägerunabhängig.
24 In den kommenden Jahren wer-
25 den in Brandenburg um die 100
26 Berufsschullehrer*innen jährlich
27 in den Ruhestand gehen. Ein

Annahme unter Streichung des
Wortes "grundständigen" in Zeile
3

28 existenzbedrohender Lehrer*in-
29 nenmangel für die duale Ausbil-
30 dung im Land ist vorprogram-
31 miert, wenn nicht zeitnah gegen-
32 gesteuert wird.

33 In Brandenburg gab es 2020
34 rund 1.917 voll- und teilzeitbe-
35 schäftigte Lehrkräfte an den 25
36 öffentlichen Oberstufenzentren,
37 bei rund 25.000 Auszubildenden.
38 Dazu kommen 325 Lehrkräfte an
39 zehn Berufsschulen in freier Trä-
40 gerschaft, die ca. 1.215 Auszubil-
41 dende unterrichten. Von den ins-
42 gesamt 2.242 beschäftigten Lehr-
43 kräften waren 2020 bereits 65
44 % 50 Jahre oder älter. Die Zah-
45 len verdeutlichen die Gefährdung
46 der dualen Ausbildung im Land
47 Brandenburg.

48 Die duale Ausbildung ist aber
49 nicht nur durch anstehende
50 Ruhestandsperioden in Gefahr.
51 Auch die Tatsache, dass Branden-
52 burg seit 1990 die grundständige
53 universitäre Ausbildung der
54 Berufsschullehrer*innen abge-
55 schafft hat, forciert die Gefähr-
56 dung der Ausbildung massiv und
57 führt dazu, dass Brandenburg
58 Lehrkräfte aus anderen Bundes-
59 ländern akquirieren muss, die
60 ebenfalls unter dem Lehrkräf-
61 temangel an Berufsschullehrern

62 leiden.

63 Es ist unstrittig, dass auch Bran-
64 denburg vom Fachkräftemangel
65 betroffen ist. Die Anforderungen
66 an die Ausbildung wachsen und
67 steigen, gerade in Hinsicht auf die
68 Digitalisierung. Wer einen hohen
69 Qualitätsanspruch an die Ausbil-
70 dung stellt, muss auch selbst gut
71 ausgebildet sein. Wer den Bedarf
72 an Ausbildungen hat, muss ihn
73 auch decken können. Aus diesen
74 Gründen ist es unabdingbar für
75 die Zukunft der bewährten dua-
76 len Ausbildung im Land Branden-
77 burg, die grundständige universi-
78 täre Ausbildung wieder einzufüh-
79 ren.

80 Neben der grundständigen
81 universitären Ausbildung for-
82 dern wir, zur Abmilderung des
83 Lehrkräftemangel, die zügige
84 Umsetzung zur Etablierung eines
85 berufsbegleitenden Studien-
86 gangs. Dies wäre eine wichtige
87 Option, um die Qualität der
88 Ausbildung auch bei Seitenein-
89 steiger*innen zu gewährleisten.

90 Eine Arbeitsgruppe, der das
91 MWFK, das MBSJ sowie die
92 Universitäten Potsdam und
93 Cottbus- Senftenberg ange-
94 hören, evaluiert derzeit zur
95 Wiederaufnahme der Berufs-

96 schullehrer*innenausbildung die
97 Kosten und Möglichkeiten. Seit
98 Oktober 2021 liegt ein Konzept
99 zur Standortprüfung der Wieder-
100 einföhrung der grundständigen
101 universitären und der Option zur
102 berufsbegleitenden Ausbildung
103 des Landes Brandenburg vor.

104 Wir begrüßen diese Evaluation
105 ausdrücklich, fordern aber nicht
106 nur eine Prüfung, sondern eine
107 rapide Umsetzung der Wieder-
108 einföhrung der universitären
109 Berufsschullehrer*innenausbil-
110 dung, auch berufsbegleitend
111 im Land Brandenburg. Ein Jahr
112 ist vergangen, ohne dass die
113 dringend notwendige Grund-
114 satzentscheidung zur Standort -
115 und Umsetzungsfrage geklärt ist.
116 Diesen Zeitluxus können wir uns
117 aufgrund der bevorstehenden
118 prekären Lage schlicht nicht
119 mehr leisten.

120 Die Arbeitsgemeinschaft für Bil-
121 dung im Barnim und der Un-
122 terbezirk Barnim bitten daher -
123 für die Zukunft unseres Bildungs-
124 standortes - eindringlich um Un-
125 terstützung des Antrages.